

# Arbeiterkämpfer

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafts / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Besitzpreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Versandgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt-Geschäftsstraße u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Sitzierung: Dresden-Alt-Güterbahnhofstr. 2 / Zeitung: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeiterkammer Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsstandorten überall zu haben und zu kaufen.

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 25. Mai 1928

Nummer 121

## Regierungsschach

Betrugsmööver der Sozialdemokratie

### Arbeiter, schließt die Klassenfront!

In dem Bestreben, die sozialdemokratische Wählerschaft und vor allen Dingen die Millionen der sozialdemokratischen Arbeiterwähler einzulullen und ihren Widerstand gegen eine kommende sozialdemokratische Koalitionspolitik mit den Trustplänen der Deutschen Volkspartei zu brechen, unternimmt die sozialdemokratische Presse und an ihrer Spur die Vorwärts in den letzten Tagen allerhand Manöver, um den Arbeitern zu „beweisen“, daß die Kommunisten unter keiner Bedingung zur gemeinsamen Regierung mit den Sozialdemokraten bereit sind und deshalb „schließlich nicht anderes übrig bleibe, als mit den bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung zu bilden.“

In Verfolg dieser Linie bringt der geistige „Abend“ einen Artikel, der den sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterwählern weismachen soll, daß innerhalb der kommunistischen Partei bei einzelnen Teilen ihrer Führer wohl Beziehungen vorhanden seien, mit der Sozialdemokratie eine gemeinsame Regierung zu bilden, daß dies aber an der unzureichenden Stellungnahme der Mehrheit der kommunistischen Partei scheitere. Der „Vorwärts“ häuft seine Lügen zu ununtertrennt und dumm ein, daß er ihnen folgenden Fäden aufzubinden wagt:

„... In der Zeitschrift, (die der „Vorwärts“ erhalten haben will) heißt es, daß bei einigen Führern der kommunistischen Partei die Neigung bestehe, an die sozialdemokratische Partei mit dem Ersten heranzutreten, über die Frage der Beteiligung der Kommunisten an der Regierung des Reiches zu verhandeln. Diese Regierung soll die Firma einer „Regierung der Arbeiter und Bauern“ erhalten.“

Die parlamentarische Lösung der Aufgabe stellt man sich dort etwa so vor: Die Sozialdemokratie hat 20%, die Kommunisten haben 10,2% der abgegebenen Stimmen erhalten. Dazu käme dann der Deutsche Bauernbund mit 7,7 Prozent und vielleicht noch einige Splitter aus dem Bürgertum. Wenn das auch noch immer keine tragfähige parlamentarische Mehrheit ergeben sollte, so erwartet man in kommunistischen Kreisen, daß bei den entscheidenden Abstimmungen auch noch einige frustrierte Arbeiter- und Bauernvertreter aus den anderen bürgerlichen Parteien zur Unterstützung einer solchen Regierung bereit wären. Als letztes Mittel bliebe immer noch eine baldige Wiederaufstellung des Reichstages, Neuwahlen würden dann sicher die erforderliche Mehrheit für eine „Regierung der Arbeiter und Bauern“ bringen.“

Das ganze ist ein einziges lügenhaftes Manöver der sozialdemokratischen Führer, berechnet die sozialdemokratische Arbeiterschaft aufs stärkste zu verwirren und sie von den Beziehungen über die Große Koalition abzulenken. Der Lügenzug des Stämpfer-Dorgans unterschreibt man der kommunistischen Partei nicht nur, daß sie bereit sei, mit den Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung zu bilden, sondern man ist sogar so dummbreit, zu behaupten,

dass die Kommunisten bereit seien, um die notwendige parlamentarische Mehrheit zu erlangen, den Deutschen Nationalen „Deutschen Bauernbund“ zur Regierungskoalition hinzuzuziehen. Hier ist offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens.

Der „Vorwärts“ schlägt seinen Lügenartikel:

„Auf jeden Fall würden die sozialdemokratischen Arbeiters es mit der größten Freude und Genugtuung begrüßen, wenn die kommunistische Partei, dank der sozialdemokratischen Erziehungsarbeit (wie rührend!) endlich nicht nur gewissenlose Parteiaktionen treiben, sondern gemeinschaftlich mit der Sozialdemokratie für die

Interessen der werktätigen Bevölkerung kämpfen wollten.“

Gegenüber den obigen blöden Verdächtigungen und Verdunklungen der sozialdemokratischen Führung gibt es nur eines: engster Zusammenschluß aller sozialdemokratischen, kommunistischen und indifferenten Arbeiter zum gemeinsamen Kampf in der Roten Klassenfront gegen den neuerlichen Versuch der SPD-Führer, die die deutsche Arbeiterschaft durch die Bildung der Großen Koalition der Kapitalsozifizie und neuen Elend und neuer Not freigesetzen wollen. Kampf um die Errichtung einer wirklichen Arbeiter- und Bauernregierung Deutschlands und nicht eines solchen elenden Machwerks, wie es die sozialdemokratischen Führer in dem oben zitierten Artikel den Kommunisten andichten wollen.

## Koalitionsbereitschaft der KPD

Reichskanzler Braun der Freund Hindenburgs

Die sozialdemokratischen Führer pflegen ehrige Betonungen über die künftige Regierungskoalition und Regierungspolitik. Wie die W. a. K. mitunter weiß, fand am Mittwochabend im sozialdemokratischen Parteiraum eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes unter Teilnahme der sozialdemokratischen Minister und des Reichstagspräsidenten Koch statt. In dieser Sitzung unterhielt man sich vor allen Dingen über die schwierige Lage, in der sich die sozialdemokratischen Führer befinden, da sie einerseits durch die Mandatsverteilung im neuen Reichstag bei ihrer Bereitwillung zur Teilnahme an der Regierung unbedingt zur Bildung der Großen Koalition mit der schwerindustriellen Partei gezwungen sind, andererseits aber gerade durch dieses Bündnis mit der Partei des Trustkapitals befürchtet, daß sich große Teile der Arbeiterschaft der Sozialdemokratie der kommunistischen Partei zuwenden. Diese Befürchtung gab den Ausschlag dafür, daß man das vorliegende Koalitionsprogramm ziemlich „radikal“ gestaltete.

Was die Belebung der Ministerposten anbetrifft, so soll der bisherige preußische Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Braun, als Reichskanzler fungieren, gleichzeitig aber seine

Funktion als preußischer Ministerpräsident innehaben. Bedenkt seiner eigenen Genossen gegenüber diesem Doppelsamt verstreute Braun mit dem Hinweis, „daß er der Sympathie Hindenburgs absolut sicher sei, und daß Hindenburg ihm auch gegenüber den Fraktionen in den Ländern in diesem Punkte durchsetzen werde.“

Die Sozialdemokratie hat ferner die Absicht, das Innensenatorium, das Verkehrs- und Ernährungsministerium, und schließlich noch das Wirtschafts- oder Finanzministerium zu übernehmen. Es wurde jedoch in der Konferenz ausdrücklicher Besitz gelehnt auf die Befestigung des Arbeitsministeriums — warum — kann sich jeder leicht denken. Die Sozialdemokratie befürchtet, daß ein sozialdemokratischer Arbeitsminister als Abwälzer der Kämpfe der Arbeiterschaft mittels der Schließungsgilloine sich selbst und die gesamten sozialdemokratischen Führer aus stärkster Kompromission würde. Sie überlässt deshalb dieses hervorragend wichtige Ministerium lieber wieder einem Vertreter der bürgerlichen Parteien, und kommt als Kandidat der bisherige Senator ministr Braun, der den Arbeitern ja hinstinklich als Unternehmerfreund bekannt ist, in Frage.

## Eingeständnis des Banfrotts

Fleißner enthüllt die Demagogie der KPD-Presse

R. R. Fleißner hat sich die sozialdemokratische Presse bemüht, aus dem faktischen Misserfolg in Sachsen einen Erfolg der SPD zusammenzulügen. Alle möglichen Rechtfertigungen sollten dazu dienen, diesen Erfolg den Lefern der sozialdemokratischen Presse begreiflich zu machen. Trotzdem gelang es der SPD nicht, die Kassenämter zu verschaffen. Um einen gewaltigen „Vormarsch“ zu verzeichnen, wurde einmal der Vergleich mit 1924, einmal mit 1926 ange stellt. Dann wurde den Wählern vorgetragen, daß bei einer Verteilung der Stimmen auf Landtagsmandate die SPD mehr Sitze erhalten habe.

Gestern wurde ein Druckfehler des Kämpfers, der untenen jeglichen Bestand an Mandaten im Landtag mit 12 anstatt 14 angab, groß aufgebaut. Wenn man schon zu solch kindlichen Mitteln greifen muß, dann steht es schlecht um die SPD-Gründe. Was bedeutet es, daß die SPD nach dem, sich auf Grund der Wahlbeteiligung ergebenden Verteilungsschlüssel, ein paar Sitze mehr bekommt? Die Tatsache bleibt bestehen, daß der größte Stimmen gewinn auf Seiten der KPD ist, das bedeutet, daß sich die Massen der Arbeiter im größeren Maß der KPD, der revolutionären Partei des Proletariats, zuwenden. Alle Versuche, durch Verfälschung und Verzerrung, durch Irreführung und Verleumdung diese Tatsache umzudrehen, werden der SPD nichts mehr nützen.

Gestern nimmt nun in der Volkszeitung Hermann Fleißner das Wort. Er stellt den Zusammenbruch der USPD, den Rückgang der Demokraten fest; aber er stellt auch unumwunden die Erfolge der KPD fest. Fleißners Ausführungen sind um so interessanter, da ja gerade die lächerlichen Sozialdemokraten uns erklärt hatten, sie werden uns zusammenzuhauen. In diesem Jargon der Konterrevolutionäre ländete die SPD einen Sieg über die Kommunisten an. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Wahl hat gezeigt, daß die Eliten der Massen für die Notwendigkeit einer revolutionären Bewegung, über die Herrschaft der SPD gewachsen ist. Hermann Fleißner schreibt deswegen gestern in der Volkszeitung:

„Ein Vorwurf ist dem ma: wohl nicht in dem Maße gerechtfertigt, in dem er eintritt, in dem verhältnismäßige Zuwachs, den die KPD erhielt. Er fällt noch nicht so auf, wenn man das Ergebnis des ganzen Reiches ins Auge sieht. Ganz

anders und weit beachtlicher — auch für die Sozialdemokratische Partei — sieht es aus, prüft man die Wahlresultate der einzelnen Bezirke nach dieser Richtung hin. Da ist leicht zu erkennen, daß sich die Annahme der Stimmen der KPD in der Hauptstadt auf Industriezentren beschränkt, daß sie hier jedoch um so stärker ist. Das sind jene Bezirke, in denen auch unsere Partei, es ist in Sachen und da nicht gerade überzeugend, Es geht nicht an, si mit der letzten Landeswahl, dort mit der letzten Reichswahl zu vergleichen — wie es gerade am besten passt. Die Wahl von 1929 hat als eine anomale bei Vergleichen auszuheben. Und Vogel Strauß-Politik treiben ist ebenso verfehlt. Wir müssen uns sehr ernsthaft um die Entwicklung kümmern. Jahren aus manchen Bezirken des Reiches — z. B. Berlin, die beiden hessischen Kreise — sprechen da noch eine viel bedrohte Sprache. Der Hinweis auf die da oder dort besonders große Arbeitslosigkeit und ähnliche Bemerkungen sind keine genügenden und überzeugenden Erklärungen, zumal man sie schon seit in solchen Häßen hören konnte. Auch das ist ein schlechter Trost, wenn man, wie es der Vorwärts und ähnlich der Soz. Pressekt tut, sich damit beruhigt, daß kommunistische Erfolge in dem einen Bereich durch sozialdemokratische in andern ausgeglichen werden.“

Fleißner redet offen, der alte Fuchs merkt, daß ihm die Täuben höher gezängt werden. Er merkt, daß die SPD mit den alten Mitteln der Zablenkungslüste, aber auch mit dem ewig wiederkehrenden Gestammel von unierten Gewinnen wegen der Erwerbslosigkeit, nicht weiterkommt. Fleißner muß eingestehen, bei den Industriearbeitern zeigt sich das schmerzhafte Projekt. Das ist für die SPD ohne Zweifel der schmerzhafteste Punkt. Das wird aber auch für die Kapitalisten die schmerhafteste Erscheinung werden. Wir wollen aber nicht unterlassen, zu bemerken, daß wir auch in den Landen gewinnen. Auch hier erwacht in stärkerem Maße das Klassenbewußtsein. Die

### Unerhörte Strafanträge im Braunprozeß

Kampfesblatt der Angeklagten

Leipzig, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Trotz des Zusammenbruchs der gesamten Anklage der Reichswohlfahrt im Braunprozeß wagte der Reichsanwalt Weinsau zu folgende Strafanträge zu stellen: Der Berliner Mechaniker Überberger soll 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, der Hamburger Redakteur Karl Ganz und der Schreiner Wilhelm Müller aus Kaiserslautern je 1 Jahr Festung und der Richter Gustav Dahlhausen aus Bremen 1½ Jahr Festung erhalten. Gefangen und Untersuchungshaft sollen den Angeklagten als Überzeugungslästen zoll angesetzt werden.

Mit faulen Zauber schmückte wieder der Vertreter der Reichswohlfahrt im Braunprozeß seine Anklagerede aus, von der er selbst zugeben mußte, daß sie in der Verhandlung zusammengebrochen sei. Trotzdem stellte er am Schluss unerhörte Strafanträge, wobei er noch gegen den Genossen Überberger, eine Entlassungszurichtstrafe beantragte. Der Verteidiger führte in einem Plädoyer aus, daß das Reichsgericht mit seiner Rechtspleide die Justiz selbst zerlege. Die Reichswohlfahrt stellt die Überzeichnung der Rechtsverbände unter Strafe, während aber Rechtsverbände, die das gleiche gegen Arbeiterorganisationen tun, nichts unternommen wird. Der Verteidiger ging mit den Vertretern der Anklage, die nichts als eine willkürliche Konstruktion ih. scharfs ins Gericht und forderte Freispruch. Im Schluswort der Angeklagten legten diese ein Gesöhnungsabkommen nach in schweres Urteil sie von ihrem revolutionären Kampf abholten werde.

Amtshauptmannschaft Dresden ist dafür Beweis. In Dresden nehmen wir aber die zweite Stelle ein. In einer anderen Landesteil gewannen wir ebenfalls sehr stark. In Sachsen-Königgrätz unter Jahnwitz 127 Stimmen, während die SPD 40 Stimmen verlor. Der Vormarsch der revolutionären Bewegung ist ganz offensichtlich. Am deutlichsten übertraten gegenüber der Wahl von 1924 insgesamt 117 748 Stimmen, wir aber 236 152 Stimmen.

Dah diese Erfolge bei der SPD eine Katerstimmung erzeugen, ist wohl klar. Fleißner schreibt deswegen in seinem Artikel, man muss „ansprechende Maßnahmen für die Zukunft treffen“. Er schreibt: „Wir müssen uns sehr ernsthaft um diese Entwicklung kümmern.“ Fleißner macht dann noch Ausschreibungen über die Verhältnisse in Dresden, Chemnitz und Leipzig, wo sich jetzt eine Mehrheit der KPD und SPD „proletarische Mehrheit“ ergibt. In Plauen sei das nicht so, die SPD sei im Plauen Kommunismus aber seien gestiegen von 15 377 auf 14 339, also um rund 1000! Die Kommunisten aber seien gestiegen von 6888 auf 10 132. Fleißner gibt dann seinen Plauener Freunden den guten Rat, keine Kritik zu machen, die Zahlen stehen schwarz auf weiß. Solidarität ist notwendig, nicht Selbstauskühlung. Damit schlägt Fleißner keinen Artikel. Welche Maßnahmen die SPD nun in Zukunft treffen soll, wie sie sich ernsthaft um die Entwicklung kümmern soll, verschweigt er bestehend.

Diesen Schweigen aber ist das Bezeichnendste für die SPD. Was will Fleißner auch empfehlen? Die Massen der Arbeiter haben erkannt, dass die Koalitionspolitik der SPD nur den Kapitalisten dient. Sie haben erkannt, dass die parlamentarische Scheinopposition nichts weiter wie leeres Maßnahmen ist.

Die SPD schlägt sich aber gerade an, in die Koalition zu gehen. Sie schlägt sich an, den Bürgerblockkurs weiterzuführen. In der selben Nummer der Volkszeitung, in der Fleißner seinen Artikel schreibt, steht ein Artikel von Kiel über Württemberg. Dort heißt es, dass die SPD die „führende Beteiligung an der Regierung“ verlängern muss, denn „die Sozialdemokratie ist eine staatsbeherrschende Partei und wird nicht freiwillig verzichten auf die Ansprüche, die sie auf Grund des Wahlergebnisses zu stellen hat“. Die SPD ist staatsbeherrschend für den kapitalistischen Staat. Fleißner will vielleicht seinen Parteidorf warnen, in die Koalition zu gehen. Aber Fleißner soll sich nicht täuschen. Eine neue Scheinopposition wird ihm die Masse nicht gelassen lassen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen. Die sich zuschließenden Klassengegenseite, die herauströckende kriegerische Entwicklung stellen klare Entscheidungen. Die Sozialdemokratie steht auf der Seite der Kriegstreiber, der Imperialisten, sie wird mit diesen von den revolutionären Massen vernichtend geschlagen werden. Daran wird sie selbsts einmal offene Feststellung der Niederlage nichts ändern. Herr Fleißner wird, dafür werden die revolutionären Arbeiter sorgen, noch mehr Gelegenheit bekommen, Niederlagen der Reformisten festzustellen. Die Sozialdemokratie hat den wertvollen Waffen nichts zu bieten. Von den schönen Sprüchen auf der Seite haben die Arbeiter keinen Gewinn. Die Arbeiter wollen den Klassenkampf. Den führt aber nur die KPD.

Hüte uns gilt es, den erreichten Erfolg auszubauen. Wir werden darauf in der nächsten Woche in einigen Artikeln besonders eingehen.

### Der Vormarsch der Kommunisten in sozialdemokratischer Beleuchtung

Niemand ist durch den Vormarsch der KPD so erschüttert, wie die Sozialdemokratie. Diese Erstürmung kommt auf verschiedenster Weise zum Ausdruck. Die einen genügen sich mit einer müsten Schimpferlei, z. B. „Gewonnen haben außer der Sozialdemokratie nur noch die Kommunisten. Die Folge ist, dass in Zukunft ein halbes Dutzend kommunistischer Standesmäher mehr den Reichstag „ab die Händenparlemente ziehen wird.“ (Magdeburger Volksstimme.) Die anderen geben „den starken Anstieg der kommunistischen Stimmen“ zu und beteuern in der ersten Übereinkunft, dass „sein Grund ist, den Erfolg zu verhindern“. Die Wiener Arbeiterszeitung findet sogar den Mut — da es sich ja nicht um die eigene Partei handelt — zu Bekennen: „Auf der anderen Seite wird der große Erfolg, den die Kommunisten fast im ganzen Reiche errungen haben — ihre Stimmengewinne sind prozentual vielfach sogar noch größer als

## Zum Greidenauer-Gästentreffen Den proletarischen Greidenfern zum Grub

Die östlichste Bezirksorganisation des Verbandes für Freideutertum und Gewerbeausbildung. In Berlin beschloss im November vorangegangenen Jahres, Pfingsten 1928 ein Gästentreffen der proletarischen Greidenfer in Dresden zu veranstalten. Die Dresdner Arbeiterschaft, sowie sie auf dem Boden der revolutionären Sozialdemokratie steht, begrüßte diesen Beschluss. Dresden ist schwer zu bearbeiten, aber gleichzeitig auch historischer Boden für das proletarische Freideutertum. Mit der Veranstaltung einer großzügigen Demonstration hat der KPD-Düssel einen Schritt unternommen, den alle aktiven Greidenfer, voran die Opposition, in kulturrechtlich bedeutsamen Vorgängen Verhandlung des Reichsgerichts, Konflikten u. a. wiederholt gefordert haben. Das proletarische Freideutertum der KPD wollen in eine Massenbewegung, eine Massenorganisation sein. Sie können das nur, wenn sie in die Masse gehen, durch Demonstrationen die Arbeitermassen für ihre Ideen in Bewegung bringen. Das ist für Dresden und Sachsen besonders nötig. Gerade die Dresdner Arbeiterschaft und die des Erzgebirges steht voll kleinbürgerlicher und religiös-sittlicher Ideologie, von der sie mit allen Mitteln losgerissen werden müssen.

Dresden ist historischer Boden des Freideutertums. Seit 1908, dem Gründungsjahr der proletarischen Greidenferorganisation, befindet sich ihr Sitz in Dresden. Nach Beendigung des Weltkrieges erhält das proletarische Freideutertum von Dresden aus einen wesentlichen Antrieb. Schwere Herzen lassen die Dresdner am 1. Januar 1924 die Reichszentrale der KPD bilden. Von 1922 bis 1925 hatte sich die KPD zu einer mächtigen, 100 000 Mitglieder zahlenden Organisation entwickelt, die in ihrem Programm und Schulprogramm auf dem Boden des Marxismus stand. Die Dännen zwangen logischerweise die Organisation, in politischen Ereignissen, die ihre Mitglieder auch

weltanschaulich zu Entscheidungen zwang, oft zu leben. Daher mühete sich die KPD bei der Reichspräsidentenwahl, die die Auseinandersetzung des Künstlers Markt zum „republikanischen“ Markt durch die Sozialdemokratie zu verhindern. Die Erfolglosigkeit dieses Bemühens zwang die KPD in der Lösung: „Greidenfer für immer für Markt!“

Die Reformisten nahmen dies zum Anlass, die Arbeiterschaftigung aufs neue zu erhalten, die KPD zu zerstören und den Band sozialdemokratischer Greidenfer“ ins Leben zu rufen. Am 9. Januar 1927 wurde durch die Vereinigung der KPD mit dem BDK die Grundlage für eine neue mächtige Organisation des proletarischen Freideutertums geschaffen. Sie zeigt es sich, dass eine starke, aktive Greidenferorganisation für die Politik der Reformisten eine Gefahr bedeutet. Wieder sind die schwierigen und dran, eine neue Verschärfung der Organisation in die Wege zu leiten. Das gilt es auf den kommenden Tagungen, Beisammensetzungen und Generalversammlungen unmöglich machen.

Das Pfingsttreffen der proletarischen Greidenfer muss als Massenfeststundung zur einheitlichen Kampftaktik gegen die Kulturreaktion gewertet werden. Schon einmal hat sich etwas einheitlicher, entschlossener Kampfeswille zu erkennen. Als 1922 die Feierlichkeiten in Dresden ihr Unwesen zu veranstalten 1500 demonstrierende Greidenfer diesem Spur Ende zu machen.

Möge unsere Pfingstdemonstration in allen entschiedenen proletarischen Greidenfern den Willen zum Kampf zur Freiheit messen und zur Tat werden lassen!

Heinrich Wagner

### Die Schuld des Senats in Hamburg

Berlin. (Eigener Drahtbericht)

Der „Rotmärkte“, der anlässlich der furchtbaren Gasexplosion in Hamburg von vornherein bemüht war, den dort regierenden Koalitionsregen und die verantwortlichen Behörden Schutz zu nehmen, muss heute in einer Zuschrift, die er unter Übersicht veröffentlicht, „Die Behörde war gewarnt“, selbst geben, dass die Hamburger Regierung in weitgehendstem Maße an dem Tod und an der schweren gesundheitlichen Schädigung hunderter von Arbeitern in Hamburg Schuld trägt. In der so „Vorwärts“ widergegebenen Zuschrift heißt es:

„Als wir (Handels- und Industriegesellschaft Hütte) im Dezember vorangegangenen Jahres die Einlagerung die hochgefährlichen Gases in nächster Nähe unseres Werkes bemerkten, machten wir die zuständige Behörde sofort auf lebensbedrohende Gefahr aufmerksam, welche auf diese Weise für die Angehörigen unseres Betriebes entstanden war. Durch das Unglück am letzten Sonntag ist es zur schmerzlichen Tatsache geworden, dass sich unsere sehr ernste Auffassung der Gefahr des Stolzenberger Phosgenlagers mittlerweile Hamburgischen Industriegelände als gerechtfertigt erwies.“

Trotz Warnung nichts getan! Schuld daran trägt der SR-Koalitionsregen Hamburg!

### Blutige Zusammenstöße auf einer Mallorquinischen Insel

London, 24. Mai. (Tel.) In Tenggana, auf einer der Mallorquinischen Inseln, kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, wobei eine Reihe von Personen getötet wurde. Der Grund für die Unruhen ist noch nicht bekannt.

### Die Streiks in Argentinien

Buenos Aires, 23. Mai. (Tel.) Die Streiks in Argentinien verschärfen sich. Der Streik der Hafenarbeiter in Rio hat sich auf Santa Fé übergegriffen, wo es gleichfalls zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

### Gombenattentat in der argentinischen Deputiertenkammer

Buenos Aires, 24. Mai. (Telunion.) Nach Meldungen aus Stadt explodierte gestern nacht in der argentinischen Deputiertenkammer eine Bombe, kurz nachdem sich die Kammer versammelt hatte. Personen wurden nicht verletzt, da das Gebäude ja leer war. Die Explosion zerstörte lediglich einen der Garderobenräume.

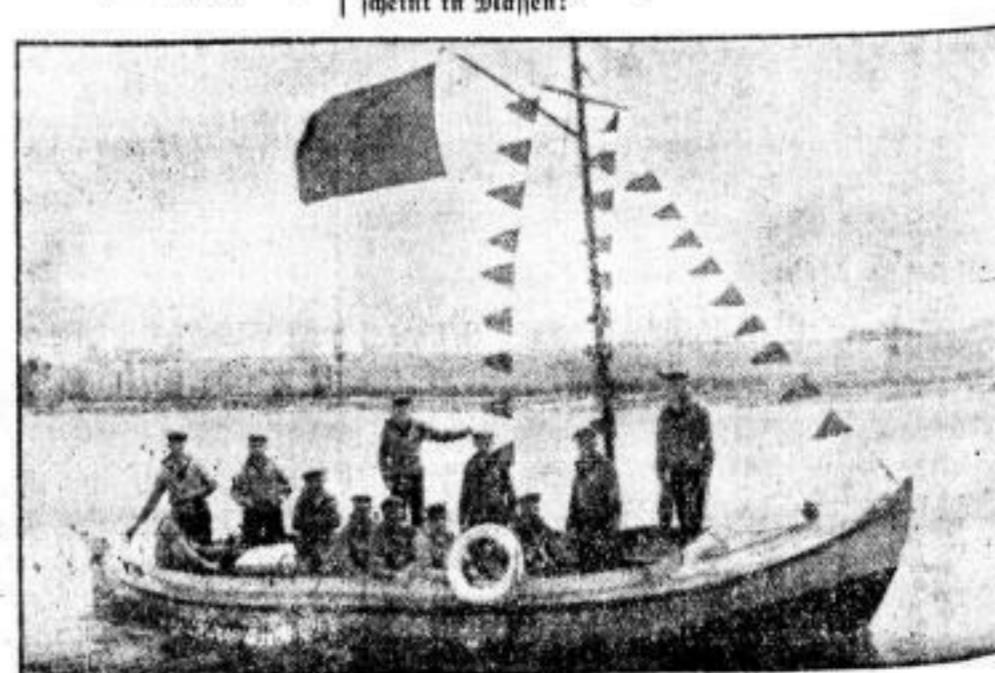
### 500 Häuser durch Feuer in Unterägypten eingeschossen

London, 24. Mai. (Telunion.) Nach Meldungen aus Kairo wütete in der Stadt Tanta eine Feuersbrunst, wodurch 500 Häuser eingeschossen wurden. Fünf Personen sind ums Leben gekommen und acht erlitten schwere Verletzungen.

### An alle Berlinfahrer!

Stellen 22,15 Uhr Freiberger Platz. Abfahrt 24 Uhr Neustädter Bahnhof. Anmeldungen werden bis 22 Uhr im Gaubureau noch entgegengenommen. Die Nachzügler fahren Sonnabend 15,52 Uhr Hauptbahnhof und melden sich in Berlin-Wedderfelde, Restaurant Rattun, Boekelerstraße.

Arbeiter Groß-Dresdens treffen sich heute 22,15 Uhr zur Abschiedsfeier auf dem Freiberger Platz. Es scheint in Massen!



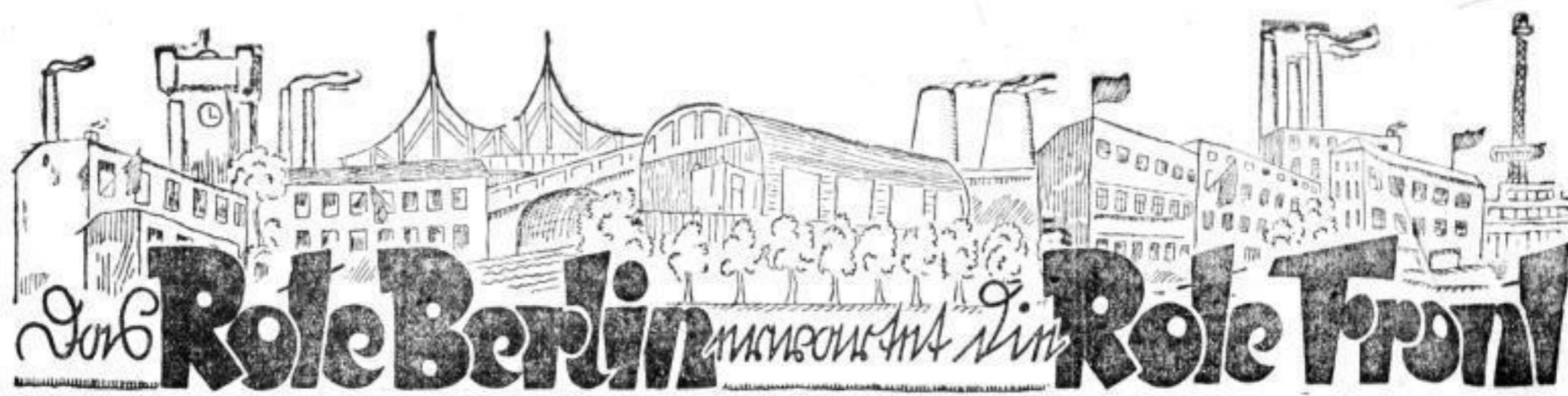
rote Marine  
auf der Fahrt von  
Hamburg nach Berlin

## „Regierung ohne Braun und Gebering unmöglich“ Das in der Wahl geschlagene Trustkapital braucht die Sozialdemokratie zur Koalitionsregierung

Mit Ausnahme der unentwegten Deutschen Nationalen ziehen alle Parteien des Trustkapitals die gleiche Konsequenz aus ihrer Niederlage: Sie fordern die Große Koalition mit der SPD.

Am zwinglichsten sind die Demokraten. Wie die Schabbetschönner schreiben sie sich der Volkspartei und Sozialdemokratie an und erklären: „Eine Regierung ohne Strohmann wäre ebenso wenig von Dauer, wie eine Regierung ohne Braun und Gebering“. Ihre Wahlniederlage wird zum Sieg des „Gedankens des sozialen Ausgleichs“ und mit ungeheurer Geschäftigkeit plädiert die demokratische Presse vor den Wählern, die ihr und den anderen kapitalistischen Parteien den Zugang gegeben haben, als den sozialen Ausgleich die gemeinsame Regierung der Parteien des Trustkapitals und der Sozialdemokratie. Wenn es nach ihr geht, so wird Herr Otto Braun heute noch Kanzler und Ministerpräsident, sie verkündet: „Von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie gibt es nur eine Stimme; Große Koalition... Bei den maßgebenden Instanzen ist man entschlossen, sie so bald nur irgend möglich seit zusammenzufügen“. Tatsächlich wird geführt, was das Zeug hält. Auch das Zentrum ist entschlossen, die sozialdemokratischen Arbeiter mit ihrer Führung an den Regierungsräten zu spannen. Die Zentrumszeitungen schreiben eine wie die andere, die Sozialdemokratie müsse jetzt zur „Verantwortung“ herangezogen werden. Sie wissen, dass man mit Otto Braun und seinen Leuten am besten das Konkordat und die Schulverfassung durchbringt.

Die Volkspartei verfolgt das gleiche Ziel wie Demokraten und Zentrum. Sie weiß allerdings, dass die Sozialdemokratie den Regierungseintritt erlaufen muss und nicht umgekehrt. Sie fordert die Große Koalition in Preußen für die Große Koalition im Reich. Wie sie es fordert, zeigt nicht übel das Selbstbewusstsein dieser führenden Partei des Trustkapitals. Die Tägliche Rundschau schreibt: „Zentrum und Demokratie sind durch den Verlust von Mandaten gegenüber der anwachsenden Sozialdemokratie zu sehr in Nachteil gekommen, dass man eigentlich kaum noch von einer Bundesgenossenschaft, sondern besser von einer regierenden großen Partei und ihren Anhängern oder Stipendiären sprechen kann. Wenn das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien wieder einigermaßen gleichgestellt werden soll, muss der Versuch gemacht werden, eine neue bürgerliche Partei zur Koalition in Preußen heranzuziehen. Ob das gelingt und ob die andere bürgerliche



## Berlins Proletarier rüsten zum Empfang

Als am 17. April in Berlin die Verbotsdrohung des Herrn von Neubell bekannt wurde, löste sie in der gesamten Arbeiterschaft ungeheure Empörung aus. Wie ein Mann scharten sich die Berliner Proleten um die Rote Front. In wenigen Tagen protestierten mehr als 500 Betriebe gegen den Schandstreich des faschistischen Inneministers. Der Rote Frontkämpfer-Bund rief sofort zu einer gewaltigen Protestdemonstration im Lustgarten auf, die sich zu einer der größten Demonstrationen gestaltete, die Berlin jemals gesehen hat. Jubelnd wurden die von riesigen Massen zu beiden Seiten flankierten Züge der Roten Wehr allorts begrüßt. So erwartete das Berliner Proletariat auch in jüngster Zeit wieder das, was alle Kameraden, die jemals zu den früheren Reichstreffen anwesend waren, bereits bestätigen konnten: Natürlich, das ist in unverbrüderlicher Treue zur Roten Massenfront stand und steht.

Wie blätterten damals in allen Stadtteilen Berlins die roten Fahnen! Besonders die Straßen, durch die sich die einzelnen Züge bewegten, waren reich geschmückt, ebenso die Arbeitsviertel im Osten, Norden und in Neukölln. Zum Beispiel war in der Köllnischen Straße auf dem Wedding kein Haus, aus dem nicht mindestens drei bis vier rote Fahnen wehten. Über die Straßen sind schon tolgelang vor Pfingsten Gekländer gezogen mit der Aufforderung: „Stärkt die Rote Front!“ An den Häusern sind Transparente hervorgebracht, die den Soldaten der roten Massenfront die Willkommenstrasse der Berliner Arbeiterschaft übermittelten. Auf den Straßenpflaster und an den Bauzäunen ließ man, mit roter Farbe geschrieben: „Rot Front!“ und „Heraus zum roten Pfingsttreffen!“ Radfahrer und Autos mit RFB-Kameraden fuhren durch die Straßen und agitieren unter den Arbeitern durch Sprechchoris und Transparenten. Besonders gekennzeichnet sind natürlich die zahlreichen Zug- und Quartierslokale des RFB. Von welcher sichtbar, grüßten sie über die Straßen mit ihren Parolen: „Schutz der Sowjetunion!“, „Krieg dem imperialistischen Krieg!“, „Wenn der Westen kommt, werden die Transparenten elektrisch erleuchtet.“

Die Arbeiter und Arbeitfrauen stehen vor den Haustüren und auf den Treppen: „Denken Sie mal an, Frau Meier, weil vorher Reichstreffen habt ihr Frontkämpfer habt wollt, aber meinen Sie, seit der kommen ist? Den kann andre unterweisen schon abgeholt und mit nach-Hause genommen. Na, diesmal bin ich aber schlau. Ich kann einfach in das Quartierlokal und da jetzt ich mich eh raus, bis es mir ein miethen.“ „Ja“, erwidert Frau Meier, „vorher Mal habt ihr noch unten in der Prinzessinstraße gewohnt, und da war es so eng, dass ich beim besten Willen kein nehm konnte. Dafür lasst ihr mir diesmal zwee kommen.“

In den Betrieben, auf den Stempelstellen, überall distillierten die Protesten über das Reichstreffen: „Mensch, war das ein Uff-mal vor jetzt Jahr! Ich war einfach daff!“ Ein Roter Frontkämpfer, der schon auf der Lauer lag, kommt hinzu: „Na denn verewig! Dir man gleich auf meine Quartierliste, denn diesmal kommen noch viele mehr, und die wollt alle unterfeiert sein.“ Und der also Angeredete „verewig“ sich.

Und je näher Pfingsten heranzieht, desto mehr stehen die Straßen im Zeichen der Roten Front. Die Köllnische Straße hat in der Forster Straße einen ebenbürtigen Partner gefunden. In die Quartierslokale kommen in letzter Stunde noch Protesten und erklären mit Bestimmtheit: „Hebt mir noch einen Frontkämpfer! Ich war ja rede nicht zu Hause, als die Quartiermacher gekommen sind.“

In einer Aschinger-Stehbühne am Halleschen Tor wollte beim 3. Reichstreffen ein Roter Frontkämpfer Arbeitserzeugungen verkaufen. Dem Geschäftsführer war dies ein Greuel — denn

### Das Berliner Polizeipräsidium



nach den Kämpfen im März 1919. Heute die Zwingburg des Sozialdemokraten Zörgiebel

eventuell könnten ja die Kellner und Büßettträume aufgestört werden — und deshalb forderte er den Kameraden zum Verlassen des Lokals auf. Über er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn mit dem Roten zusammen ging eine Unzahl Gäste und erklärte, der Herr Geschäftsführer möge der Direktion mitteilen, daß sie in Zukunft Aschingers Bierstuben nicht mehr betreten werden.

Die Bieter einer ganzen Kugel von Häusern, in denen weder

RFB-Leute noch Parteigenossen wohnen, veranstalteten aus eigenem Antrieb Geld- und Quartiersammelungen. Das war z. B. der Fall in der Kottbusser Straße 24, aus welchem Hause dem Pfingsttreffen nicht weniger als zehn rote Fahnen hatterten. Und die Quartiermacher rennen immer noch treppauf, treppab. Überall klagen sie: „Sind Sie in der Lage, einen Kameraden zu beherbergen?“ Genossen seien Sie sich mal meine Wohnung an, dann werden Sie entschuldigen, daß ich keinen nehme. Aber gehen Sie doch mal zu meinem Schwager, der wohnt draußen in der Laubenvolonte, und der nimmt bestimmt einen.“ — „Ich wohnte vor dem Kriege auf dem Lande“, berichtet ein Schneider, „da gab es während der Monate auch Einquartierung. Da wurde einfach auf die Liste geschrieben. Ein Mann zwei Verde — und damit fertig. Aber jetzt ist es die Solidarität, die uns dazu treibt, und das ist das wichtigste.“ Ein Mütterchen will durchaus einen Rottardisten haben und ist höchst entzückt, als sie hört, es lämen keine. Über mit dem roten Matrosen, der heute zu ihr kam, hat sie sich mindestens ebenso gut gefunden. Ein Zugbegleiter der 5. Abteilung rückten ganz überraschend 100 Mann mehr ein als angegeben. Sofort legte die Solidarität der Arbeiter ein, und gegen 11½ Uhr waren alle untergebracht. Aber, Schred, ein neuer Zug von abermals 50 rückte an. Gleich machten sich zwei Spionen und zwei Quartiersmänner auf die Beine und brachten auch die Neuangekommenen unter. Dieser Kamerad kam in ein Privatquartier. Allein das Haus Altbachstraße 57 beherbergte 20 Mann.

Und wie die Kameraden nun erst in ihren Quartieren empfangen wurden! Ein Thüringer schrieb dazu: „Eben und Linien in geradezu fehllichen Mengen. Neben dem Roten Frontkämpfer, der ziemlich rot und nicht zugriff beim Essen. In einigen Höhlen verlangten die Leute doppelt lohn Kameraden als ursprünglich angefordert waren.“ — Ein anderer Thüringer schrieb: „Wir wurden gleich mit den Worten empfangen: „Bei uns wird auch das leise gepröpt, damit ihr ja keinen Hunger leidet und nicht jagen könnt, wir haben euch wie die Faschisten empfangen.“

### Nach Roten Wahlen

### Vorwärts zum Roten Kampfaufmarsch!

Lieber wollen wir nichts essen! — Ein Schlachtermeister hatte 25 Kameraden zu sich genommen und schleppte sie zum Essen heran, daß es die 25 gar nicht bewältigen konnten. Immer wieder feuerte er sie an: „Davon sollt ihr zum Frühstück drei Portionen alleine. Das wollt' ich nur junge Leute tun?“ Meine Güte, wo ist so oft war, habe ich anders ringlehau'n!“ Aber alles Zureden half nichts. Die Kameraden — der fetten Mahlzeit ungewohnt — streitten: „Na, denn pack wenigstens was für unterwegs ein!“ Schluß wird noch einiges eingepackt, und ob geht's zur Demonstration. Am Abend dasselbe. Die Kameraden kommen alle die aufgestellten Wurstschinken beim besten Willen nicht verdauen. Leute, die über Pfingsten nicht zu Hause sein konnten, schickten dafür Kuchen und Schweren in die Quartierslokale. Viele Arbeiter wollten wenigstens einen Frontkämpfer zu Tisch haben; aber es ging tot-

sächlich nicht immer. Die Kameraden, die auf Wohnsitz aus der Provinz kamen, spürten schon in den Vororten Berlins den Geist des roten Pfingstens. „Rot Front!“ riefen die Leute an den Chauffeuren und „Rot Front!“ schallte es von den Autos zurück. Immer stärker wird die Anteilnahme der Bevölkerung. Auch die Autos an Berlin herankommen. Zu gleicher Zeit rollt eine ganze Reihe von Sonderzügen Berlin entgegen. Die Bahnwärter und Stresemwärter grüßen die ankommenden Züge mit salutierendem Hakenkreuz.



Auf den Bahnsteigen fanden sich die Arbeiter schon morgens um 5 Uhr ein, um die auswärtigen Kameraden zu empfangen. Wieder Bekanntheit vom letzten Reichstreffen wird erneuert: „Wenja Wäge, du kommst wieder zu mir!“ „Ru noblerlich.“ „Wenja, da is wort!“ Maria macht wieder Kocher, weißt, was dir vorjetzt Jahr so gut gekocht hast!“ Händedrucke werden getauscht. Ein Kamerad schaut: „Stein Schwanz hat sich damals gerührt, als die Hochzeit jemals sind. Und heute, Duunge, Duunge!“

So ohne weiteres freilich ließ die Schupo die Küssentages nicht in ihre Quartiere. Einfach wurden Schilder auf Waffen vor genommen. Die Berliner Proleten haben sich das gewünscht und machen so treffende Bemerkungen, daß manche Polizist eine richtige rote Birne bekommen haben soll. „Du mußt noch in den seine Küssentage nachziehen, der hat da 'n aus'manderjenzung.“ net R. De. deinen.“

### Die Kolonnen rüden an

So, wie die Berliner Protesten am Unterbringen der Kameraden mitgeholfen hatten, so waren sie auch während des Aufmarsches auf den Beinen. Während die Roten Frontkämpfer in endlosen Kolonnen heranmarschierten, staunten sich auf den Bürgersteigen die hunderttausende Sympathisierender. Vergessen vergaß die Ziegelschuh-Polizei die verächtliche Methode des Abtämmens durchzuführen. Aber immer wieder strömten die Massen der Arbeiter nach kurzen Umwegen aus den Nebenküchen zum Zuge hin. Oder der Andrang war so groß, daß die Polizei wohl oder übel die Straße überqueren mußte. Leute, die über Pfingsten nicht zu Hause sein konnten, schickten dafür Kuchen und Schweren in die Quartierslokale. Viele Arbeiter wollten wenigstens einen Frontkämpfer zu Tisch haben; aber es ging tot-

Stullen bei mir.“ Alten Männern und Frauen stehen die Tränen in den Augen, während sie mit geballter Faust einen Zug nach dem anderen passieren lassen. Ein altes Mutterchen meint: „Drei Jungsens von mir sind draußen geblieben, aber wenn sie noch leben, ich würde ihnen keine Minute Ruhe lassen, bis sie auch beide wären.“ Und dabei heißtet sie einem gerade heranmarschierenden Frontkämpfer mit zitternden Händen ein paar Blumen an die Nüsse. Endlich sind die grauen Kolonnen aufmarschiert. Die Protesten drängen nach, und als nach den Ansprüchen der Männer die Waffen den roten Fahnenfeld sprechen, da fühlen sie, daß dieses Reichstreffen keine Parade, sondern ein gewaltiger Kampfaufmarsch ist.

Als die Sonne sinkt, geht es wieder den Quartieren zu. Am anderen Tage haben die einzelnen Abteilungen ihre Versammlungen. Dort kommen sich die auswärtigen und die Berliner Protesten noch näher. In einem Gartenlokal hat sich z. B. um einen lustigen Magdeburger ein Kreis von Menschen gebildet. Und der Magdeburger erzählt von den Schnippchen, die seine Kameraden den Faschisten geschlagen haben.

### Und weiter vorwärts!

„Als schließlich die Stunde des Abmarsches herangekommen ist, ist auf beiden Seiten grenzenloses Bedauern. Immer wieder ruhigen die Auswärtigen verschlafen, im nächsten Jahre nur so wieder zu ihren Quartierwörtern zu kommen. Und auch diese erhalten ihre Aufforderung: „Also, Franz, wenn du im Juli Herien hast, kommst du unbedingt zu uns nach Wolfenbüttel, verstanden?“ Der Angeredete will erst nicht recht. „Was war, du mußt kommen! Sonst komme ich einfach nächstes Jahr nicht wieder zu dir!“ Und der Schwarmend willigt ein. Zehntausende Berliner Protesten wohnen der Abschluß der Züge und Autos bei. Mit donnernden „Rot-Front-Aufen“ und dem Gesang der „Internationale“ verabschieden sich die Gäste. — Und sowohl die Quartierleute als auch die Beherbergten freuen sich trotz allen Abschiedskummers doch schon im voraus auf das nächste Reichstreffen.

Und wieder nicht ein Reichstreffen, das vierte! Wieder laufen die Berliner Kameraden mit den Quartierlisten in die Häuser: „Also,

hör mal zu, ich möchte wieder zwee wie vorjetzt Jahr.“ — „Du, Vater, komm mal her. Hier kannst einer für Rot Front und für die Wahlen. Gib ihm mal rasch 'n Zwingburg.“ Und der Vater meint: „Hoffentlich kriegen wie die Beden von vorjetzt Jahr wieder.“ Schon sind die einzelnen RFB-Lokale ausgeschmückt. Schon sind Zehntausende von Quartieren gesammelt. Unverändert ist die Sympathie der Berliner Arbeiter auf der Seite der Roten Frontkämpfer. Gibt die Wahlen am letzten Sonntag zeigen uns erneut mit aller Deutlichkeit, daß Berlin rot ist. Und wenn am 28. Mai wieder zehntausende Soldaten der Revolution aufmarschieren, wenn wieder hunderttausende Protesten die Waffentruppen an sich vorbei defilieren lassen werden, dann werden unsere Herzen höher schwingen in der Gewissheit, daß Berlin bald nur rot ist, und dann auch für immer rot bleiben wird.“

# Wahlergebnis und Gewerkschaftspolitik

W.U. Das Wahlergebnis beweist, daß entscheidende Schichten der Arbeiterklasse, die in den letzten Monaten in Wirtschaftskämpfen standen und am brutalsten die Methoden der staatlichen Hysterie der Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Streikbewegung erlitten haben, sich für die Partei der Arbeiterklasse, für die Kommunistische Partei, entschieden haben. Das außerordentlich günstige Wahlergebnis der Partei in den Berliner Industriebezirken beweist das.

Das Schlichtungsdiktat im Bergbau, die Verhinderung des Kampfes für die Siebenstundensicht durch die Bürokratie des Bergarbeiterverbandes haben die Bergarbeiter in den wichtigen Teilen des Kulturgebiets mit der Stellungnahme für die Kommunistische Partei beantwortet. In zahlreichen Bergarbeiterorten haben wir die Stimmenzahl von Mai 1924 überschritten. Ebenso in den Gebieten, wo große Metallarbeiterbewegungen stattfanden. In Berlin, Essen (Krupp), Magdeburg, Leipzig, Chemnitz hat die Partei wesentlich an Stimmen gewonnen, gewiß nur aus Arbeitersichten, während die Sozialdemokratische Partei offensichtlich Verstärkung aus den Reihen der bürgerlichen Schichten bekommen hat.

Es ist offensichtlich, daß der Stimmenzuwachs der KPD zum Teil auf Kosten der Sozialdemokratie geht. Zahlreiche Arbeiter, bis bisher unter Sozialdemokratie sympathisierten, haben auf Grund der Schichtungs-, Arbeitszeit- und Arbeitslosenversicherungspolitik der Sozialdemokratie am eigenen Leibe erfahren, daß die kapitalistische Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu schwererarbeit, Niedrighaltung des Reallohnes und Belebung ihrer Arbeitszeit geführt hat. Das Wahlergebnis

ist eine starke Ablehnung der Wirtschaftsdemokratie, den jüngsten Teil der Arbeiterklasse in den Industriebezirken. Trotzdem der gesamte Gewerkschaftsapparat für SPD eintritt wurde, haben die Arbeiter in höherem Maße bis dato die wirtschaftspolitische Politik der Reformisten abgelehnt. Die sozialdemokratische Moskauer Volksfront mehrt das Wahlergebnis.

Die aus der Betrachtung der Bezirke, wo die Kommunisten zu verzeichnen sind, gibt uns für die Erklärung des kommunistischen Stimmenzuwachses nicht nur die tatsächliche Lage, in denen Monaten besonders heftige soziale und wirtschaftliche Kämpfe stattgefunden haben. Es sei nur erinnert an den Rhein, die Metallkonflikte in Sachsen und in Westfalen, die bittere Notwendigkeit, in diesen großen Kämpfen mit nur verhältnismäßig geringen Erfolgen zufriedenzugeben, weil eine weitere Kämpfung wirtschaftlich nicht möglich ist, wie dies seit dem Bestehen der KPD. Teil der beteiligten Arbeiter vergrämt und in der Kommunisten getrieben hat, das unsere Haltung in diesen Lohn- und Arbeitsmarktkampfen beeinflussen kann, so schmerlich die Folgen des Krieges.

Streikrechtspolitik der Sozialdemokratie, die durch die sozialdemokratischen Polizeipräsidien, die Schlichtungspolitik durch die Sozialdemokratie auf das Streikrecht durch Unterordnungungsdiktat des Trustkapitals und seines Auslandsunterstützung der kapitalistischen Rationalisierung und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und kurzzeitig erfolgte Zustimmung zur Kohlenpreissteigerung, Zustimmung zur Senkung des Reallohnes der Arbeiter, zeigt immer mehr die entscheidenden Schichten der bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie und von der Richtigkeit der Politik der Kommunisten und der Kommunistischen Internationale.

Moskauer Volksfront erklärt offen, daß trotz dieser politischen Tatsachen die SPD auch in Zukunft diese Politik fortsetzt, wird die SPD in erster Linie bestrebt sein, ihre Staatsverhältnisse, wirtschaftspolitischen Positionen, Gewerkschaften auszunutzen. Noch mehr als bisher suchen, den gewerkschaftlichen Funktionärapparat zur Durchsetzung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik zu missbrauchen, die Gewerkschaften zu Organen des kapitalistischen und Staatsaufbaus umzugestalten.

Das Wahlergebnis in den Industriegebieten zeigt den zunehmenden Willen der Arbeiter, d.h. auch der Gewerkschaftsführer, gegen diese wirtschaftspolitische Politik und den Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. So, daß der Stimmenzuwachs dort am größten war, die Opposition in den Wirtschaftskämpfen als der aktivste Arbeiterschaft, als der Vortrupp der Arbeiterklasse seine revolutionäre Pflicht erfüllte, zeigt zugleich die ungeheure Aufgabe, die jetzt von der revolutionären Gewerkschaftsopposition übernommen werden müssen.

Vor den Wahlen hat die Bourgeoisie die Preissteigerungen begonnen. Die eigentliche Teuerungswelle wird nun in den nächsten Wochen und Monaten steigen. Die Eisenbahn- und Kohlenpreiserhöhungen und die bevorstehenden höhungen der Eisenbahntarife werden zu einer unerhörten Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen. Im Rheinland haben die Bäder bereits die Erhöhung des Brotpreises beschlossen. Die Unternehmer glaubten, daß die langfristigen Tarifverträge die Möglichkeit geben, Lohnsteigerungen im Namen der

"Tarifkreis" trotz Steigerung der Lebenshaltungskosten verhindern zu können. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden entsprechend der Wirtschaftspolitik der Koalitionspolitik bemüht sein, den Willen der Arbeiter zum Kampf für Lohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung und Siebenstundensicht durch Tarifverhandlung und Volksförderung der Bewegungen zu brechen.

In dieser Situation haben die Kommunisten und die gesamte revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften von den Betrieben und unteren Gewerkschaftsorganisationen aus den Kampf für Siebenstundentag, Siebenstundensicht und Erhöhung der Reallohn zu organisieren. Es gilt, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf für ihre elementaren Lebensinteressen in Bewegung zu bringen und auf Grund der Entscheidungen der Belegschaften und unteren Gewerkschaftsorganisationen den Kampf zu führen trotz bestehender Tarifverträge und trotz der Schiedsgerichte und Verbindlichkeitserklärungen.

Durch die Teuerungswelle sind tatsächlich die Tarifverträge von der Bourgeoisie zerstört worden. Nachdem die Voraussetzungen, unter denen die Verträge abgeschlossen wurden, nicht mehr vorhanden sind, nachdem die Lebensmittelpreise steigen und die Arbeitseleistung ungeheuer erhöht wurde, ist die Organisation und Durchführung des Kampfes für Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Durchsetzung der revolutionären Klasseidampolitik in den freien Gewerkschaften und gegen die Koalitionsregierung des Trustkapitals zu organisieren. Die Organisation der Arbeiterkämpfe in den Betrieben und unteren Gewerkschaftsorganisationen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist von entscheidender Bedeutung für den Betriebskampf der deutschen Arbeiterschaft. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, den Einfluß der Sozialdemokratie und des Zentrums auf die Arbeiterschaft zu vernichten und die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse in einheitlicher Front unter Führung der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale zum revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie zu vereinigen.

Um vom Kampf abzuhalten. Nach zehn Jahren Kampf, Erfahrungen, während die Arbeiterschaft am längsten Leid erlitten haben, zu welchen Wahlen die Rationalisierung durchgeführt wurde, wenn die Konjunktur genau hat, wenn das Schlichtungsdiktat wird, wird es nicht leicht sein, mit militärischen, strategischen Plänen und papierenes Beredungen die Arbeiterschaft zu tönen.

Unter Wahlkampf in den Industriebezirken ist ein Maßnahmenplan zu erneuten zunehmenden Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften. Dieser Erfolg gilt es durch Erfahrung und praktische Erfahrung der Opposition in den einzelnen Bezirken und in den Gewerkschaften organisatorisch zu festigen. Die Abschaffung breiter Massen des Industrieproletariats für die Kommunistische Partei, für die revolutionäre Klassenkomplott ist jetzt zur revolutionären Tat werden zu lassen. Die kommunistischen Betriebszellen und Gewerkschaftszellen haben die große Aufgabe, den Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Durchsetzung der revolutionären Klasseidampolitik in den freien Gewerkschaften und gegen die Koalitionsregierung des Trustkapitals zu organisieren. Die Organisation der Arbeiterkämpfe in den Betrieben und unteren Gewerkschaftsorganisationen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist von entscheidender Bedeutung für den Betriebskampf der deutschen Arbeiterschaft. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, den Einfluß der Sozialdemokratie und des Zentrums auf die Arbeiterschaft zu vernichten und die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse in einheitlicher Front unter Führung der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale zum revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie zu vereinigen.

## Klasse gegen Klasse

### Der Prozeß von Schacht

von unserem Moskauer Sonderberichterstatter

Moskau, den 18. Mai 1928

E.W. In dem großen Kolonialstaat des ehemaligen Adelshofs des Moskauer Gouvernements, der jetzt als Moskauer Gewerkschaftshaus der Kulturtätigkeit, Organisation und Schulung der breitenen Proletariermassen dient, begann heute der Prozeß gegen die 33 konterrevolutionären Verschwörer von Schacht, die für fliegendes Geld aus dem Auslande als Klassenherrscher Vertreter des Überbleibsel des russischen Bourgeoisie und im Auftrag des Weltkapitals, wie sie hier den Kämpfen der Sozialdemokratie und die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu bestreiten harbeit, Niedrighaltung des Reallohnes und Belebung ihrer Arbeitszeit geführt hat. Das Wahlergebnis

ist eine starke Ablehnung der Wirtschaftsdemokratie, den jüngsten Teil der Arbeiterklasse in den Industriebezirken. Trotzdem der gesamte Gewerkschaftsapparat für SPD eintritt wurde, haben die Arbeiter in höherem Maße bis dato die wirtschaftspolitische Politik der Reformisten abgelehnt. Die sozialdemokratische Moskauer Volksfront mehrt das Wahlergebnis.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses, in dem erst vor zwei Tagen der ultraistische Leninistische Jugendverband seinen 8. Kongreß beendet hat, ist heute nicht, wie damals, mit Röhnen, Lösungen und Transponenten und den Bildern der Führer des Weltproletariats geschmückt. Auf der Tribüne, auf der noch vor gestern die Elite der russischen militärischen Jugend, die Führer des PKD waren, steht in der Mitte ein langer, mit einem großen roten Tuch bedeckter Tisch, auf dem eine Uniforme vom Attentäterbündel liegt. An diesem Tisch sitzen die höchsten Richter der USSR, alte Revolutionäre, Sowjetjuristen und 2 Arbeiter, die noch heute in den Bergwerken und Betrieben tätig sind, darunter ein Bergarbeiter aus Gorlowo (ein Bergarbeiterort im Donetsboden) und ein im Dienst der Revolution ergrauter Arbeiter aus der Moskauer "Dynamo"-Motorenfabrik.

Zur linken Seite des Obersten Gerichtshofes ist der Tisch der öffentlichen Ankläger. Dort sitzt u.a. der Vertreter der Sektion der Ingenieure und Techniker, Ing. Gen. Schein, und der Vertreter der Ukraine, Gen. Hrits. Rechts vom Gerichtstisch stehen die Verteidiger und hinter ihnen die 33 Angeklagten. Ein Angeklagter (Mefjus) ist wegen angeblicher Veruntreuthheit vor Gericht nicht erschienen.

Unter den Angeklagten sieht man typische Gesichter der alten russischen Bourgeoisie, ein wenig bleich von der Host. Ein Teil von ihnen ist außerordentlich lässig gekleidet, andere kleideten sich in ihrem Neuen bewußt "proletarisch" geben zu wollen.

Auf der ersten Reihe, ganz rechts, erblicken wir ein Gesicht, das uns so außerordentlich vertraut zu sein scheint. Wir müssen sofort an George Grosz denken und an seine Bildergeschichte "Das Gesicht der herrschenden Klasse". Der Typ dieses Angeklagten ist den deutschen Arbeitern gut genug aus den Bürgerkriegskämpfen des letzten Jahrzehnts bekannt. Diesem Typ begegnen wir in der Garde-Kavallerie-Schützen-Division aus den Tagen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Dieser Typ fand uns in den Kämpfen in Berlin, München, im Ruhrgebiet, in Hamburg. Wie wir bald bei der Verfolgung der Liste der Angeklagten erfahren, ist es der deutsche Ingenieur und Stahlhübler Ernst Otto. Beim Aufrufen seines Namens erhebt sich Otto schaudrig. Man merkt es ihm an, daß er sich als der "Held" der Bourgeoisie fühlt, der trotz aller seiner konterrevolutionären Sabotagearbeit ist und weiß, daß die Bourgeoisie, die seine bisherige Tätigkeit durch hohe Schmiergelder belohnt hat, auch in Zukunft ihn nicht vergessen wird.

Nach der Zeugenverleugnung stellen die Verteidiger eine Reihe Beweisanträge und fordern die Ablösung von neuen Zeugen. Jeher der Angeklagten verlässt aus seiner Vergangenheit irgendwie Momente herauszugreifen, wo er sich angeblich den Arbeitern und der Sowjetmacht gegenüber nicht feindlich gezeigt hat. Die Anklageschrift hat ebenfalls festgestellt, daß der größte Teil der jetzt angeklagten Ingenieure nicht nur in der Kriegs- und Kriegszeit eine besonders ausgeprägte reaktionäre Rolle gespielt hat, sondern daß die jüngsten Angeklagten in der Zeit der Bürgerkriege fast durchweg im Dienst der weißgardistischen Banditen standen haben, und daß auf ihre Veranlassung während der Besetzung des Donetsboden durch die Weißen zahlreiche Arbeiter benutzt und ermordet worden sind.

Die sogenannte proletarische Revolution, die zum Aufbau ihrer Wirtschaft auf die Unterstützung der Spezialitäten angewiesen war, hatte großmütig darauf verzichtet, den Ingenieuren ihre reaktionäre Vergangenheit bei Einstellung in den Sowjetdienst zu Latte zu legen und hatte im Bewußtsein ihrer Kraft ihren volles Vertrauen entgegengebracht. Auf der Basis dieses Ver-

trauens führten die Angeklagten 6 Jahre lang ihre konterrevolutionäre Arbeit im Dienste des ehemaligen russischen und der ausländischen Kapitalisten aus. So gelang es ihnen, wie sie hofften, in den Auslagen der Voruntersuchung rühmten, folgende Machtpositionen im Donezgebiet auszubauen: 1. die technische und administrative Beherrschung der Schächte; 2. die Leitung des Mechanismus, der den Schächten die Energie zuführte (Elektrizität, Wasserwerke). Dank dieser Rückendeckung konnten sie an ihrer Aufgabe herantreten. Nur teilweise hat es bei den Ingenieuren einfach darum gehandelt, vermittelst der Belehrungsgesellschaft ein besseres Leben zu führen. Fast durchweg bekannten sich die 33 Angeklagten, die sich von den 33 für ganz kurz, teilweise schuldig erklärten, dazu, daß sie als Obersteuerzieher der ehemaligen Kapitalisten, der Grubenbesitzer gehandelt haben. Sie hielten als Dienst des Kapitalismus auch international. Sie nahmen das Geld zur Verstärkung der Produktion aus Paris, aus Warschau, aus Berlin. Sie wußten, daß Klasse gegen Klasse stand und daß sie den Kampf gegen die Sowjetmacht nicht nur im Dienste der ehemaligen Don-Kapitalisten, sondern im Dienste der Weltbourgeoisie führten. Reichlich nutzten sie den Umstand aus, daß es "dem echten Empfinden des Proletariats widersprach" (Dr. Engel) ihnen Wichtige entgegenzubringen. Sie kommandierten auf Kosten des Sowjetstaates Mitglieder ihrer geheimen Verschwörer-Organisation zu "Studienzwecken" nach Warschau, Berlin, Paris und nahmen dort Geld für Verstärkung der ihrer anvertrauten Sowjetwirtschaft entgegen.

Es ist klar, daß die Sache der Schacht-Verschwörer die Angelegenheit der gesamten Bourgeoisie ist. Selbst wenn sich unter ihnen nicht drei deutliche Angeklagte befinden, würde die deutsche Bourgeoisie den Prozeß zu ihrem eigenen gemacht haben. Die Schachtinger Front war einer der vorgehobenen Posten im Kampfe der Weltbourgeoisie gegen die USSR, und die ausländischen Imperialisten, die jetzt die Machtposition derer jenseits erheben darüber, ein Nutzenkreis. Das Geld, das aus Paris, Berlin und Warschau so reichlich floß, sollte den Imperialisten die Munition, Giftgas und andere Kriegsmittel erzielen, und zwar nicht nur im Kampfe gegen die USSR, sondern im Kampfe der Kapitalisten-Regierungen gegen ihre eigenen Arbeiter. Wie die Tätigkeit des Ingenieurs Otto und der anderen deutschen Angeklagten nur eine Episode des Kampfes der deutschen Bourgeoisie gegen die deutschen Arbeiter ist, so ist die Sabotageaktion der Tawes-Ingenieure eine Episode im Kampfe der Weltbourgeoisie gegen den einzigen Arbeiterschaft, gegen die USSR.

Moskau, den 22. Mai 1928  
Im Schachting-Prozeß wurde heute das Verhör Berezowski, das gestern den ganzen Tag ausfüllte, beendet. Fragen der Verteidiger beantwortet, hielt Berezowski keine Auslagen, die mehrere nichtgeständige Angeklagte belasten, aufrecht.

Hierauf wurden einige Donez-Arbeiter als Zeugen vernommen, die Berezowski als konterrevolutionären Feind der Arbeiterklasse charakterisierten. Beteiligend für Berezowski ist, daß er während des Krieges die Kriegsgefangenen, die in seiner Grube arbeiteten, unmenschlich behandelt.

Moskau, den 22. Mai 1928  
In der Nachmittagsverhandlung des Schachting-Prozesses wurde der Angeklagte Kaljanow verhört. Er arbeitete als Bergwerkstechniker an der Seite Berezowskis und nahm an der konterrevolutionären Verschwörung ebenfalls teil. Er gestand unumwunden seine Verdächtigung und erzählte alles, was er von seinen Komplizen weiß. Er beteiligte sich an der Schädigungsarbeit, mache unrentable Versuche im Betrieb, erzielte jahrelang infolgedessen durch Berezowski den früheren Bestehen über den Zustand der Kohlenwirtschaft im Donezgebiet Auskünfte. Für seine verbrecherische Tätigkeit erhielt er beträchtliche Summen. Jedoch als Artyenko ihn über die Motive seiner Handlung befragt, erklärte er, daß er nicht nur aus materiellen Motiven, sondern auch aus Überzeugung gehandelt hat. Im letzten Jahre scheint ihm jedoch ein Licht aufgegangen zu sein und er fing an zu zweifeln, ob die Sowjetmacht gefürchtet werden kann. Diese Zweifel, sagt er unter großer Heiterkeit der Zuhörer, waren ja stark, daß er sich überlegte, ob er noch einmal Geld von der konterrevolutionären Organisation annehmen soll.



## Roter Araffenauftsch im Roten Berlin

Frühjahr 1928

Gegen imperialistischen Krieg, Faschismus und Koalitionspolitik der SPD  
Für die Verteidigung der Sowjetunion / Für den Sieg der Roten Front







## Ausflugsort

### Kohlberg b. Pirna

Eigentliche Ausflugslokale und Ausflugsstätten meines Parks und Umgebung / Herrliche Aussicht auf Pirna und Umgebung / Friedr. Arndt und Frau

**Jugendstil!**  
auf der Höhe / Herrlicher Ausflugsplatz jeden Sonnabend und Sonntag  
**BALLMUSIK**  
Meschke und Frau, Telefon 2911

**ZUM DEUTSCHEN SCHÜTZEN DOHNA**

Beliebte Bänkelsitzstätte für Vereine  
Gute Küche / Feinkostküche / Bier-  
Verpflegungsmöglichkeiten / Familienverkehr

## Treffpunkt

### In Dresden-N.

Rest. Hermann Trompler  
Eisenberger Str. 15 / 1 Minute  
von Friedens Platz / Linien 10,  
13, 17, 23 Vermietung 2 Tische  
Festnummern 53667

### Gasthof zum Elbtal

Zschieren a. d. Elbe  
Ausflugslokal für Familien und Vereine / Schloss  
Garten / Jeden Sonntag keine Ballmusik

Restaurant „Bergkeller“  
Meissen / Kalkberg  
hält sich zur Erreichbarkeit empfohlen  
ANNA VERW. FISCHER

**Wilhelm Hamisch**  
Textil- und Wollwaren / Heidenau - Süd  
Döbelnische Straße 1

Achtung! Selbst-  
verbraucher!

Günstige Bezugsquelle erstklassiger

## FAHR- UND MOTORRÄDER

Straßenräder, Wasch- und Wringmaschinen,  
Elektromotoren, Schreibmaschinen,  
Beleuchtungen, Bereitstellungen, Autoöle, Musik-  
werke, Schallplatten und Nähmaschinen •  
Maschinen- und Fahrzeugtische wird angenommen

Erwin Müller

Maschinen- und Fahrzeugvertrieb  
Heidenau, Pirnaer Str. 17

## Erstklassige Fahrräder

kaufen Sie am besten  
im Fachgeschäft bei

### MAX SCHÄFER

Mechanikermeister,  
Pirna, Schösserstraße 7  
Samml. Reparaturen und Ersatzteile

Wer eine Versicherung  
abschließen will, wende sich an

### W. Thalheim

Pirna, Lauterbachstraße 4

(Vertreter aller Versicherungsanstalten)

H

## Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

H

### FREITAL-DEUBEN

Louis Oberlein, Obere Dresdner Str. 89  
Manufakturwaren und Einzelumlagen  
Große Auswahl

Max Schubert, Wollwaren-Haus  
Freital-Deuben, Obere Dresdner Straße 91

Feine Fleisch- und Wurstwaren  
Oskar Schubert, Obere Dresdner Str. 123

Wäsche- und Schuhladengeschäft  
Martha Braune, Obere Dresdner Str. 119

Lehmann's Rind- u. Schweineschlachterei  
Friedrich Lehmann Wurstwaren, Güterstraße 1

### FREITAL-BURGK

Richard Lompe, Spezialgeschäft Zigaretten,  
Zigarren und Feinkostwaren, Freital-Burgk  
Kohlstraße 3

Weiß- und Feinbäckerei  
**MAX LIPPOLDT**  
Zschiedeckstraße 5

Kolonialwaren- u. Butterhandlung  
Otto Schröder, Bürgerstraße 146

Fleischgroßhandlung im Kaltzachtal empfehlenswert  
ideally gelegene Einkaufsstätte / Straßenbahnan-  
bindung / Linien 6 u. 15 / Der Wirt Otto Kühnle

Kaffee-, Tee- und Schokoladengeschäft  
Maria Mutschler, Bürgerstraße 50

### HEIDENAU

Mühlhaus Wößler, Bismarckstraße 9  
Schuhmacher / Platten

Globewarenhaus Otto Höfmann  
Bismarckstraße 11

Fleischer / Nähmaschinen  
Bernhard Wünche, Königstraße 58

+ Königs-Drogerie und Photohaus  
Christoph Gunkel, Königstr. 46

Stralsburger Gutbazar  
Das Spezialgeschäft für alle Herren-  
bedarfssachen • Bismarckstraße 2

Rauch- + Drogerie, Georg Rabland  
Drogen, Farben, Chemikalien, Pflanzen-  
waren, Weine, Liköre, Photo-  
artikel • Bahnhofstr. 9

### NIEDERSEDLITZ

Max Schröger, Bahnhofstr. 7  
Farben-, Lack- und Seifen-  
Spezialhaus

Gießwaren, Haushalt- und Küchengeräte  
Werkzeuge, Handwerk, Haushalt-Geräte  
Drogeriefachgeschäft, Abfüll- und Schraubwaren  
Friedrich Günther, Schulstraße 1

Schuhwaren- und Lederhandlung Oskar Wiede  
Gräßle und Blattes Geschäft der Umgebung  
Schulstraße 2

### KÖNIGSTEIN

Amt. Leipzig, Hermann-Häring-Straße 127 b  
Fleisch- und Wurstwaren

Gasthof Stadt Dresden / Rötschlächterei  
Gew. Göbel, Bahnhofstraße 88

Schuhwarenhaus Rud. Köhler  
Schuhfabrikaturen / Bahnhofstr. 144

Spezialgeschäft für Rauchwaren  
Martha Verw. Weber, Halberstraße 63

### SCHMIEDEBERG

Qualitäts-Schuhwaren  
g. angez., um Neumarkt 32c

### BRAND-ERBISDORF

#### Brot- und Weißbäckerei

Arthur Wiedemann

63067

Zigarrenhaus

**F. MUNZ**

Obere Dresdner Straße 26

63068

Markthalle und

Böttcher

Otto Suschke

Kohlstraße 5

63068

Brot-, Weiß- und

Feinkostwaren

Arthur Böhmer

Bahnhofstraße 2

63072

Lebensmittel

Konrad Borkenstein

Bahnhofstraße 23

63072

THARANDT

Bieber u. Sohn, Schuhwarenhaus

Thomanstraße 47 B

63279

Tharandter Bazar

Bartho. @ Tharandt

63280

**Klippermühle**

Ausflugslokal

63281

Felix Petzold

Manufakturwaren / Konfektion

Markt 35

63281

Fahrer, Nähmaschinen, Musikapparate

Julius Bauch, Bismarckstraße 26

63015

Gesucht die

Lichtspiele Heidenau

63288

RESTAURANT „ZUR BÖRSE“

Vereinszimmer / Börsenstr. 6 / Verkehrslokal

63070

Textil- und Modewarenhause

**HANS FRATZKE**

Bahnhofstraße 15

63289

Karl Paul, Albertstraße 5

Fußgeschäft / Holz und Kohlen

63042

Eisenwaren / Werkzeuge

Haus- und Küchengeräte

R. Nägele, Dresden Str. 16

63289

KLEIN-NAUNDORF

Hermann Meinhardt, Inh. des W. H. Haupt-

straße 10 / Feine Damen- u. Herrenkleider

63067

GHTERSEE

Lindner's Restaurant

inhaber Max Marschner — Neue Beliebung

Gutgepflegte Biere / Kalte und warme Speisen

zu jeder Tageszeit / Eigene Fleischerei

63284

Richard Albrecht's Bäckerei

Inhaber: Paul Gühr, Dresden Straße 63

Spezialität: Kranzkuchen

• Täglich frische Plätzchen

63088

Erhardt Manel, Dresden Str. 74

Damen- und Herrenfriseur

63096

BRAUNS DORF

Kurt Schumann

Kolonial- und Grünwaren

63277

DIPPOLDISWALDE

Hermann Voigt, Gerberplatz 218

Boron- und Knabekonfektion, Fahrer-  
nähmaschinen, Musikwerke

63102

Fleißbäckerei Karl Kröner

Marie

63104

Kurfürst-Schreiber

Hirschgasse 5

63105

Kohlen u. Holz

Rich. Zimmermann

Bahnhofstraße 35

63106

### BRAND-ERBISDORF

#### Sparkasse und Stadtbank

Brand-Erbisdorf

Zeitgemäße Zinsen / Hypothekenvermittlung

Gebührenfreier Überweisungsverkehr nach allen Orten

Deutschlands / Vermittlung aller sonstigen Bankgeschäfte

### Städt. Elektrizitäts-Werk

Brand-Erbisdorf

Eigene Installation

# Zum Fabrikarbeiter-Verbandstag

E.S. Am 8. Juli beginnt in Hamburg der 16. Verbandsstag des Fabrikarbeiterverbandes. Seine besondere Bedeutung ergibt sich daraus, weil der FAUV nicht nur eine der größten freiemittelstaatlichen Organisationen in Deutschland ist, sondern die Parteien des deutschen Chemietrugs zu einem Organisationsbereich gehören. Darüber hinaus ist der FAUV in allen wichtigen Industriegebieten, wie Kunststofffabrikation, Holz und Zellstoff, Kali- und Kunstdünger, Farbstoffmittel, Konfektion, Zigarettenindustrie, verantwert und die Arbeiter der Papierindustrie und darüber hinaus Fein- und Grobkeramik, Ziegeler- und Glasindustrie gehören neben vielen anderen Berufen zu dieser Organisation.

Die große Zersplitterung ist zuzuhören daran, daß die Verbandsleitung und der auslagernde Funktionärskörper

## Segner der Industrieorganisation

sind. Sie vertreten die Auffassung, daß die Organisationsform des FAUV schon über den Rahmen der Industrieverbände hinausgewichen ist und eigentlich alle anderen Verbände die Aufgaben hätten, sich mit ihm zu verschmelzen.

Der letzte Verbandstag von 1925 fand in Leipzig statt. Er stand zum größten Teil noch unter dem Einfluß der Inflation und die teilweise stark auftretende Empörung gegen die Verbandsleitung wegen ihrer wirtschaftsdemokratischen Politik wurde mit dem Hinweis abgetan, daß es der durch Inflation und Mitglieder schwund geschwächten Organisation unmöglich gewesen ist, höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Dieser Verbandstag findet in einer anderen Situation statt. Die Organisation ist aus der Krise heraus, der Mitgliederstand ist gestiegen, wenngleich auch noch viele Zehtauende, die vor 1925 dem Verband angehörten, ihm noch fernstehen. Auch die finanzielle Lage ist nicht schlecht. Die letzten Jahre brachten ein weSENTLICHES Erklären der Kampfkraft der Arbeiter. Die gesamte Industrie, die zum Verbandsbereich des FAUV gehört, hat wiederholt Gewinne erzielt.

Dennoch hat die Verbandsleitung keine ihrer Versprechungen, die sie auf dem Leipziger Verbandstag in reicherlicher Weise gab, erfüllt. Die Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter sind ziemlich die schlechtesten, gemessen an anderen Berufen. Die Periode der letzten drei Jahre war ausgefüllt mit der Politik wirtschaftsdemokratischer Verständigung. Auf dem Leipziger Verbandstag wurden in Anträgen, die durchaus nicht von oppositionellen Gruppen kamen, den Tarif- und Lohnvereinbarungen gefordert, daß die leitenden Organe keine Tarifverträge abschließen dürfen, die nicht vorher den Mitgliedern zur Zustimmung unterbreitet sind. Verlangt wurde Zustimmung der Lohnbewegungen besonders im Bereich der chemischen Industrie. Besondere Wert wurde gelegt auf Erhöhung der Tariflöhne. Darüber hinaus wurde Stellung genommen zu der Arbeitszeitverkürzung und zum Arbeitzeitgebot. Die gesamte Tendenz dieses Verbandstages lag in der Richtung nach Verstärkung der Kampfkraft des Unternehmens um die zum Leben notwendigen Bedingungen abzurunden, nicht aber die Interessen des kapitalistischen Aufbaues an erste Stelle zu rufen.

Der Berichterstatter Großmann führt, dieser Stimmung rechnung tragend, u. a. aus:

„Wir sollen immer daran denken, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse den gegenwärtigen Wachstumsbedürfnissen und der Wirtschaftslage entsprechen... Wir müssen Wert darauf legen, daß die Tarifverträge nicht das Ergebnis staatlichen Zwanges, sondern der Willensausdruck der Vertragsparteien sind.“

So ist aber festzustellen, daß in seiner Situation die Verbandsleitung wirklich durch die vorhandenen Kräfteverhältnisse Verträge über Lohn- und Arbeitszeit abschloß. Im Gegenteil. Ganz untermotiv wurde besonders in der Chemieindustrie, die die führende Gruppe im FAUV darstellt, jede einheitliche Lohnbewegung verhindert und alle Kräfte des Verbandes mobilgemacht, um die Arbeiter von einem Kampf abzuhalten, der absolut erforderlich gewesen wäre, wenn dieser den Chemietrugs getroffen hätte.

Die Lohn- und Arbeitszeitverträge wurden, ohne daß die Mitglieder davon Kenntnis erhielten, unter verschleierten Bedingungen verlängert oder mit solchen geringfügigen Verbesserungen, die in der Praxis eine Verschlechterung bedeuteten, abgeschlossen. Die Ablehnung des Zwangsfestigungsweises wurde erzeugt durch die viel bereitwilligere Unterwerfung unter die Tarifämter, in denen bei paritätischer Zusammensetzung die Verbandsvertreter sich in der Regel und in den wichtigsten Fällen den Forderungen der Unternehmer hielten.

Nur so ist es zu verstehen, daß heute in den Tarifverträgen der chemischen Industrie noch die Formulierungen vorhanden sind, wonach infolge der „wirtschaftlichen Notlage“

die Unternehmer berechtigt sind, die Arbeitszeit zu verlängern und Lohnsteigerungen auf Auffordrlöhne nicht in Rechnung zu bringen brauchen.

Auf diesem Verbandstag wird daher wieder eine große Anzahl von Anträgen vorliegen, die in noch viel stärkerer Form als

1925 sich gegen die reformistische Tarifpolitik wenden. Die Verbandsleitung sucht diesen Anträgen dadurch zu begegnen, indem sie verfügt hat, daß Anträge, die in einer Zahlstelle schon angenommen sind, von anderen Abstimmungen nicht mehr erörtert werden dürfen.

Die Haupttendenz des 16. Verbandstages soll nach dem Willen der Verbandsleitung in einer noch größeren Ausprägung an die wirtschaftsdemokratischen Tendenzen bestehen. Das geht aus den Verhandlungen der Verbandsleitung hervor. Geplant ist ein

Abbau der Streitunterstützung. d. h. statt noch 15 Wochen soll erst noch 26 Wochen Vollbeitragszahlung eine Streitunterstützung gewährt werden. Die Verbandsbürovorstand besteht auf der Aufrichterhaltung des Postus, doch der Verbandsvorstand die bezahlte Streitunterstützung innerhalb eines Jahres zurückverlangen kann. Ebenso soll die Maßregelungsunterstützung verschoben werden. Neue Paragrafe sind geplant, wonach Verbandsmitglieder, die sich nicht zur Rotbandsarbeit bereit erklären, als Verbandsbeschädlinge gebrandmarkt werden. Eine Investitionsunterstützung soll eingeführt werden und die

nur an Mitglieder zur Abzahlung kommen, die zehn Jahre Beiträge geleistet

und die für die staatliche Unterstützung vorgelegten Bedingungen erfüllt haben. D. h. also, daß der Verband sich die Verpflichtung stellt, daß in 10 Jahren und länger die soziale Verförderung noch schlechter als heute ist.

Eine wesentliche Erhöhung der Beiträge wird eintreten, um die Aufholen hierfür zu decken, die schon zum Teil durch Ver schlechterungen der Streit- und Maßregelungsunterstützung aufgebracht werden.

Die hier aufgeführten Punkte sind nur ein kleiner Auschnitt aus dem Gesamtkomplex. Daraus zeigt sich schon, daß der Kurs der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auf die Vereinigung des Klassekampfes hinausläuft. Da einige der prominentesten Führer des FAUV Reichstagsabgeordnete waren und wieder geworden sind, soll zweitens durch diesen Verbandstag bewiesen werden, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer absolut bereit sind, mit den Vertretern des Chemietrugs eine gemeinsame Koalition zu bilden. Diese Linie der Entwicklung kommt ganz deutlich hier zum Ausdruck.

Die Aufgabe der Arbeiter im Betrieb muß es sein, dafür zu sorgen, daß der Verbandstag unter keinem Umständen solche Bevölkerungshilfe bringt, die noch mehr als bisher dazu beitragen, die politischen und wirtschaftlichen Anfeindungen der Arbeiter zu verschärfen, jeden Kampfgeist der Arbeiterschaft von vornherein zu schwächen und somit die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt lähmen.

## Verbandstagswahl der Metallarbeiter

Zur Orientierung aller Genossen veröffentlichten wir die Zusammensetzung der Wahlabteilungen im Verbandsbezirk Dresden, wie sie durch den Hauptvorstand festgelegt ist. Die in Ostjachen befindlichen Orte sind gesondert gezeigt.

### Bezirk Dresden (51 Verwaltung)

	Wahlabteilungen	Zahl der Abgeordneten
Aue		1
Chemnitz		5
Dresden		10
Leipzig		8
Meißen		1
Blauen		1
Riesa		1
Zwickau		1
Annaberg, Burgstädt, Großenhain, Limbach		1
Bautzen, Radeberg, Wurzen, Zittau		3
Großröhrsdorf, Marktredwitz, Neugersdorf und Schmiedeberg		1
Döbeln, Freiberg		1
Crimmitschau, Reichenbach, Meissen		1
Lugau, Mittweida, Olbernhau		1
Borna, Glauchau, Hohenstein-Ernstthal, Meuselwitz, Oelsnitz, Penig, Roßwein		1
Dippoldiswalde, Ebersbach, Geithain, Großschönau, Gruna, Hainichen, Kamenz, Leisnig, Löbau, Neustadt, Nossen, Oederan, Rochlitz, Schönbach, Stolpen, Waldenburg		1
	zusammen	38

## Die SPÖ verschlägt ihre eigenen Wahlbücher

### Schlitzungswesen senkt den Reallohn

Im Vorwärts behauptet der zulässige Menschewist und berufsmäßige Lügner Bojmansi, daß dank der „klugen Gewerkschaftspolitik“ der Reallohn der deutschen Arbeiter gesunken sei.

Die sozialdemokratische Münchner Polizei verschlägt jetzt diesen Schwund lobend. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom 12./13. 5.:

„Im Jahre 1927 sind die Unternehmengewinne infolge allgemeiner Produktionssteigerung um 20 bis 30 Prozent gestiegen.

Die Tagesleistung eines Arbeiters in der Rohstahlproduktion ist von 1925 bis 1928 von 947 auf 136,2 Prozent der Friedensproduktion gestiegen.

Die prozentuale Steigerung des Wohnlohnstatistik eines gelernten Arbeiters beträgt nach der Tariflohnstatistik 7,48 Prozent. Der Lebenshaltungsindex ist hingegen in dieser Zeit um 8,3 Prozent gestiegen. Von 15 Millionen inhaberlosen Arbeitnehmern bezogen 1927 mehr als die Hälfte, nämlich 8 Millionen, einen Höchstlohn von 24 RM pro Woche.“

Das Münchner SPD-Blatt bestätigt das Sinken des Reallohns. Der Reallohn ist aber gesunken, weil die SPD durch die Schlitzungserordnung den Arbeitern die Streikfreiheit geschaubt und weil die reformistischen Gewerkschaftsführer die aussichtstreichen Ränke der Arbeitnehmer mit Niederlagen abgewürgt haben. Die SPD will, daß es so bleibt.

Nur die Kommunistische Partei kämpft für die Streikfreiheit und für Konzentrierung der Arbeitsträume gegen das Unternehmertum.

Arbeiter, kämpft mit der Kommunistischen Partei!

Reporter drängten sich um die Heimgefeierten. Fred Mannister, der sich ihrer mit ungeduldigen Worten zu erwehren hütete, blieb plötzlich stehen. Ein freudiger Ausdruck kam in sein ernstes, etwas vergrämtes Gesicht. Er stieß die zunächst stehenden Leute beiseite, eilte vor: „O'Keeffe!“

Ein hochgewachsener, grauäugiger Mann drehte sich um.

Die beiden Männer drückten einander die Hand.

„Wie kommst du nach Amerika?“ fragte Fred Mannister verblüfft.

Der Stern der Freiheit hat mich hergeschickt, ich berichte über die Wahlkampagne. Läßt dich anschauen, wir haben uns seit sieben Jahren nicht mehr gesehen.“

Fred Mannister nickte. „Ich suchte meinen Vater. Begreife gar nicht, daß er nicht hier ist.“

Vielleicht fühlte er sich nicht wohl. Wollte das Gedränge vermeiden. Wo wohnst du?“

„Im Savoy-Hotel. Und du?“

Bei Bekannten,“ erwiderte O'Keeffe ausweichend. „Ich werde heute abend zu dir kommen. Muß jetzt versuchen, Euren Kapitän zu interviewen.“ Und schon trugen ihn seine langen Beine mit Riesengeschwindigkeit fort, dorthin, wo sich die Menge am dichten drängte und der Kapitän des „Troyaladem“ vergleichbar den Reportern zu entkommen verhakt.

Fred Mannister überlegte einen Augenblick. Dann beschloß er, vor allem seinen Onkel Henry Bright aufzusuchen; dieser würde ihm bestimmt Nachricht über den Vater geben können. Er mietete ein Auto heran.

Der lärmende Diener, der die Tür des Brightischen Palais öffnete, blieb mit unverhohler Betrachtung auf den schäbig gekleideten, verwahrlosten jungen Mann, der Herrn Bright zu sprechen verlangte.

Wenn es sich um etwas Geschäftliches handelt,“ sagte er herablassend, „so müssen Sie in die City gehen, ins Bureau des Herrn Bright. Frau Bright duldet nicht, daß...“

Mannister lachte ungeduldig: „Thomas, Sie alter Esel, kennen Sie mich denn nicht?“

Der alte Mann schaute ihn prüfend an; sein Gesicht drückte Bewirtung aus. Schließlich summelte er unsicher: „Herr Bright?“

„Bright!“ Mannister streckte dem alten Mann die Hand hin. „Wie geht's, alter Thomas? Seit wann feid' Ihr mir ja großzügig?“

Der alte Mann lächelte verlegen: „Ja, Herr Bright, das ist...

Seit Herr Bright so durchdringt reich geworden ist. Nicht wahr, die quädelige Frau verkehrt jetzt in der vornehmsten Gesellschaft und da hält sie streng auf Elsie und...“ Er stotterte.

Mannister runzelte die Stirn, lachte höhnisch: „Amerika, das Land der Demokratie, wo jeder ebenso gut ist wie der andere! Es ist also alles noch beim alten geblieben?“

„Es ist noch viel ärger geworden,“ brummte Thomas halblaut. „Aber kommen Sie, Herr Bright, ich will Ihnen helfen.“ Er geleitete Mannister in einen prunkvoll eingerichteten Salón und verschwand.

Mannister blieb sich interessiert um. Was diese Menschen alles zum Leben brauchten! Seidene Möbel, sammeleiche Tapeten, Bilder an den Wänden. Er dachte an die einsame Hütte im ewigen Eis, die ihn und seine Gefährten beherbergte hatte, an das harde Leben voller Arbeit und Entbehrungen, und etwas wie Etel kann ihm an vor diesen Leuten, die nichts anderes kannten als Luxus und Behagen.

Leichte Schritte näherten der Tür. Mannister wandte sich um. Eine schlanke, junge Frau trat ein, streckte ihm die Hände entgegen: „Mein lieber Fred!“

Mannister sah einen Augenblick in das schöne junge Gesicht; dann rief er lächelnd: „Ethel! Ich erkannte dich nicht. Du warst ja noch ein kleines Mädchen, als ich die Reise unternahm.“

Die blonde Frau lächelte. „Aber Fred, ich bin doch nicht Ethel. Kennst du denn deine Tante Delia nicht mehr?“

Mannister starrte sie verblüfft an. Tante Delia, Onkel Brights Frau? Die war doch mindestens fünfzig Jahre alt und vor ihr stand eine Frau, die auslachte, wie ein achtzehnjähriges Mädchen. „Tante Delia,“ stammelte er verwirrt.

„Ja, ja, ich bin es wirklich.“

„Run, da sie genau betrachtete, erkannte er auch die hellen blauen Augen, die er in seiner Kindheit so sehr gefürchtet hatte, den schmalen Mund, der stets so höhnisch gewesen war.

Frau Brights lächelndes Gesicht wurde ernst. Sie seufzte: „Mein armer Jungel. Ich muß dir leider eine traurige Nachricht mitteilen.“

Mannister fuhr zusammen, fühlte unklar, daß er diese Worte erwartet habe.

„Mein Vater...?“

Er stotterte, fand nicht den Mut, den Satz zu beenden.

Frau Bright zog ihr spitzenbesetztes Täschentuch hervor und wischte sich die Augen.

„Sei tapfer, Fred, mache dich auf Schlimmes gefaßt.“

(Fortsetzung folgt.)

## EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

Unter neuer Raum ist aus dem gleichen Verfaßer, von dem der einzige Zeit abgesetzte Roman „An den Ufern des Jordan“ geliefert wurde. Mit dieser füllt auch EJUS im drastischen Spannungswelle die verdeckte Täuschung der Kapitalisten, insbesondere die amerikanischen Geschäftsmänner. Der Abbau des Romanos „An den Ufern des Jordan“ wurde damals von dem großen Teil unserer Leser begüßt. Die Spannung wurde durch den Roman verstärkt. Gestrig, ganz wenige Minuten vorher erlassen, daß der Roman zu lesen sei, und seien diese Auflösung nicht, sondern sollten ihn für später gezeigt, bestreite die Schichten auf das verdeckte Treiben der Kapitalisten weiterzutun zu wollen. Wir bitten aber um keinen Übersetzung, nicht mitteilen.

Sturmgepeitscht, jämmerlich, wie ein frisches Tier mit eingeschränkten Flanken, leuchtend und pustend, warf das Schiff „Troyaladem“ im Hafen von New York Unterk. Eine ungeheure Menge drängte sich im Hafen; laute Begrüßungsrufe tönen über das Wasser hin; die Leute jubelten der Mannschaft zu, die seit Jahren verschollen gewesen war, verloren in der Schneewüste des nördlichen Eismoores, dem Menschen, die dem Tod getroffen hatten, um den Tod zu finden, und die heute heimkehrten, besiegt von den unerbittlichen Gewalten der Natur.

Die Angehörigen der Forscher waren dem Schiff entgegengetreten; auf Deck umarmten einander Männer und Frauen. Kinder blieben scheu und dennoch neugierig zu fremd gewordenen Vätern empor. Einige Frauen weinen, weil ihre Männer und Söhne nicht wiedergefunden waren, sondern fern, unerreichbar, in Eis und Schnee, begraben lagen.

Fred Mannister, der junge Schiffsoffizier, stand an der Reling und starre angestrengt auf die zahlreichen Boote hinab, die schaukelnd das Schiff umgaben. Vergnügt, nirgends erblickte er das seine, schwarzgesäumtes Gesicht mit den gläsernen Augen, das er zu sehen erwartete. Unter all diesen vielen freudig aufgeregt Menschen suchte er umsonst nach seinem Vater. „Er muß sterben,

# FÜR PFINGSTEN!

**Schmelzer**  
G. m. b. H.  
Ziegelstraße 19



## Fahrräder

Wanderer / Brennabor  
Excelsior / Kaiser / Opel  
Avant / Wittler / Jupiter

Unsere Preise 65,-, 85,-, 90,-, 95,50, 110,- usw.  
Leichteste Teilzahlung / Größte Auswahl

GASTHOF und BALLSAAL  
**Bürgergarten**  
Lübecker Straße  
1. und 2. Pfingstfeiertag:  
Gr. Garten-Freikonzert  
mit Festball / Tanz im Freien  
Um gültigen Zuspruch bitten  
A. Müller

**die 2**  
Zigaretten



Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G • Dresden

um Pfingsten

empfiehle ich besonders preiswert!  
Damen-, Herren- und Kinder-  
Schnür- und Spangenschuhe

Alleinverkauf: Marke Wolko

Einhälftipreise: K 875, 1075, 1275, 1475

**Schuhhaus Göhler**

Pirna a. d. Elbe, Waisenhausstraße 14

Besichtigen Sie bitte mein Schaufenster

**SCHUHHAUS**  
Karl Adler Pirna-Copitz  
Hauptstraße 11  
Man- und Reparaturwerkstatt

**Drogerie**  
**Max Richard Hartig**  
Rosenstr. 24 u. 47

Die vorteilhalte Bezugsquelle  
für alle Vorrichtungsarbeiten

### Spezialität:

Harttrocknende Fußboden-  
lacke / Streichl. Oelfarben



**Chabeso**

das alkoholfreie, milchsürehaltige  
Volksgetränk für Sport und Tafell  
Verlangt überall Chabeso

## Geschenke!

Menagen ..... 1.25  
Kuschelschaufenl ..... 1.25  
Tortenplatten ..... 2.90  
6 Alpakäppchen ..... 2.00  
PIRLEN, vern. ..... 4.75  
Fleischwölfe, emali. ..... 4.90  
Badewannen, In. .... 16.50  
Wringmaschinen, In. .... 17.75

**Jährig & Domschke**  
Haus- und Küchengeräte  
Pirna, Jacob-Böhmerstr.

dieser elegante,  
florentinerartige  
Hut mit Blumen- und Band-  
garnitur kostet ..... 4.90

**S. Kiewe & Co.**  
Zittau  
Weberstraße, Ecke Markt

**Vornehm. Frauenhut 4,-**  
In galem Florinagelicht, schwarz und  
im big ..... 4,-  
**Jugendlicher Hut 3,-**  
aus exotenartigem Gelicht, mit mod.  
Leckband garnitur ..... 3,-  
**Kinderhüte 1,-**  
im Pantastischeleichen und Wasch-  
stoffen ..... 1,-

**S. Kiewe & Co., Zittau**  
Weberstraße, Ecke Markt

## Fahrräder

für Herren und Damen  
Sport- und  
Kinderwagen  
Selbstfahrer  
Bubirad  
Trittroller  
Ersatzteillager  
Günstige Zahlungsbedingungen  
Fahrradhaus

**Willy Jost**  
Pirna, Braustraße 6

# Die Sandgräfin

Ein Film nach dem Roman von Gustav Frenssen — ein ausgezeichnetes, typisch deutsches Filmwerk, dem ein ganz großer Erfolg beschieden ist. Hier nur ein Presseurteil: Film-Journal ... Ein Film, wie wir wirklich lange keinen sahen! Herrlich! Hier vereint sich höchste Kunst in der Regie, in der Darstellung, in der Photographie und im Manuskript mit dem, was das Publikum angeblich noch mehr wünscht: Abwechslung und Abwechslung, d.h. Dramatik und Komik, Spannung und Selbsterklärlichkeitsspiel immer in bunter hinreißender Folge, im Tempo ohne Gedankenstrich. Dieser Film lädt erlieben, mitweinen und milachen ...

In den Hauptrollen: Christia Tordy, Nelly von Nagy, Jadi Trevor, Hans Brausewetter, Paul Otto, Albert Steiner, Rudolf Klein-Rogge

**Prinzel'sche**  
Theater

Täglich: 16, 18, 15, 20, 30 Uhr

**Prinzel'sche**  
Theater  
Echospiele

Für Jugendliche erlaubt  
Kinder nachmittags halbe Preise